Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7799.

Telephon Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Nr. 143. Donnerstag, den 22. Juni 1899. 10. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die Zuchthausvorlage im Reichstage

Unser parlamentarischer Berichterstatter schreibt uns vom dritten Tage der Verhandlungen über die Zuchthausvorlage:

Der Reichstag hatte heute zwischen die Berathung der Zuchthausvorlage die Berathung des Nachtragsetats über die Karolinenabtretung eingeschoben. Die Vorlage, oder vielmehr die vier Vorlagen entfesselten eine längere Berathung, von der man indessen nicht behaupten kann, daß sie auf der „Höhe der Zeit“ stand. Herr von Bülow ist ein flotter Redner, der geborene Festredner, wie man im Hause wohl nicht mit Unrecht behauptet. Die Zustimmung, welche die Redner der meisten Parteien dem Zuwachs des Reiches an Land und Leuten zu Theil werden ließen, wies die verschiedensten Nüanzen auf: von dem einen heißen, einem nassen Auge, mit dem der Sozialdemokrat von der freisinnigen Vereinigung die Erwerbung der interessanten Inseln begrüßte, bis zur bekannten Hurrahstimmung der Kolonialschwärmer Hasse und Graf Arnim. Wir wollen nicht verfehlen, zu bemerken, daß auf dieser Stufenleiter der Empfindungen die Vollblutagrarier Dr. Rösicke-Kaiserslautern und Graf Kanitz dem Abg. Schrader näher als dem Grafen Arnim standen. Die bürgerliche Opposition kam in dem Abg. Wiemer zum Worte, den prinzipiell ablehnenden Standpunkt unserer Fraktion brachte in trefflicher Weise Abg. Liebknecht zum Ausdruck.

Als die Karolinenaffaire in erster und zweiter Lesung abgethan war, kam auf's Neue die Zuchthausvorlage an die Reihe.

Den Reigen der Diskussionsredner eröffnete Graf Posadowsky. Seine Vertheidigung der Vorlage war heute wenn möglich noch schwächer, als gestern: mit dem hübschen Geschichtchen von den Kindern der Arbeitswilligen, die für die Sünden ihrer Väter büßen müssen, hat er seine hervorragende Begabung für die Mitarbeiterschaft am „Kladderadatsch“ und „Simplizissimus“ bewiesen. Herr Handelsminister Brefeld plauderte in der treuherzigsten Weise aus, daß es sich beim § 8 des Gesetzes um ein kleines Ausnahmegesetz gegen die Bergarbeiter handle. Während Posadowsky, noch blutend von den Wunden, die er sich gestern geholt, sich wesentlich auf die Defensive beschränkte, glaubte Herr Brefeld offensiv vorgehen zu dürfen, er gerieth bei dieser Gelegenheit mit dem Präsidenten zusammen, der ihm unter lautem Beifall der Linken eine recht derbe Rüge zu Theil werden ließ. Aus dem Hause kamen nur Gegner der Vorlage zum Wort. Abg. Rösicke-Dessau brachte die Oeynhausener Rede zur Sprache; gegen ihn richtete sich Herrn Brefelds schärfster Angriff. Scharf und schneidig sprach der süddeutsche Demokrat Haußmann, der gleich hinter Brefeld zum Worte kam; auch er hatte ein kleines Renkontre mit dem Grafen Ballestrem, letzterer erklärte unter stürmischer Heiterkeit des Hauses, daß er weder eine bei- noch eine abfällige Kritik seiner Geschäftsführung wünsche. Der Pole Czarlinsky und der Elsässer Winterer sprachen kurz gegen die Vorlage. Um 5½ Uhr ward die Weiterberathung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

98. Sitzung. Mittwoch, 21. Juni 1899. — 11 Uhr.

Eingegangen ist die Vertagungsvorlage, durch die der Reichstag bis zum 14. November vertagt wird.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der dritten Berathung des

Handelsprovisoriums mit England.

Die Kommission, an die es am Montag verwiesen worden war, empfiehlt unveränderte Annahme nach den Beschlüssen der zweiten Lesung. Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die erste Berathung des zweiten Nachtragsetats, betreffend

Abtretung der Karolinen-, Palau- und Marianen-Inseln an Deutschland, in Verbindung mit dem Nachtrag zu dem Kolonial-Etat, dem Anleihegesetz und dem Handelsabkommen mit Spanien. Als Entschädigung an Spanien für die Abtretung der Inseln werden 16,750,000 Mark gefordert und als Zuschuß zur Bestreitung der Ausgaben für die Verwaltung der Inseln 465,000 Mark.

Staatssekretär **v. Bülow**: Durch die Erwerbung der Karolinen-, Marianen- und Palau-Inseln wird unser Besitz in der Südsee zu einem zusammenhängenden Ganzen gemacht. Dazu kommt, daß Handel und Verkehr auf jenen Inseln fast ausschließlich in den Händen der deutschen Jaluit-Gesellschaft liegt. Ich will hier nicht an die kühne Seglerin Phantasie appelliren, aber es muß gesagt werden, daß in unserem Besitzthum dort Keime vorhanden sind, die weiterer Entwickelung fähig sind. Von besonderer Wichtigkeit sind die dort vorhandenen vorzüglichen Häfen und Ankerplätze. Die Bevölkerung dort soll sehr gutartig sein, wir werden mit ihr sehr human umgehen, eingedenk unserer höheren Kultur und christlichen Gesinnung. — Ich komme jetzt zu dem Punkt, wo die Gemüthlichkeit aufzuhören pflegt, zu dem Kostenpunkt. Umsonst waren die Inseln wirklich nicht zu haben. (Heiterkeit.) Doch glaube ich versichern zu können, daß wir sie preiswerth erhalten haben. Amerika hat 10 Millionen Dollars für die Karolinen geboten. Für Spanien waren die Inseln Bruchstücke eines eingestürzten Baues, bei uns sind sie Grundstücke eines neuen und, so Gott will, hoffnungsvollen Gebäudes. (Beifall.)

Abg. **Lieber** (Zentr.): Meine politischen Freunde sind bereit, die zur Erwerbung der Karolinen nothwendigen Mittel zu bewilligen. Allerdings wird eine schwere, hingebende Arbeit der Deutschen nothwendig sein, damit die Hoffnungen, die der Herr Staatssekretär hier ausgesprochen hat, sich erfüllen. Den Preis halten wir für angemessen. Der Thätigkeit der deutschen Missionsgesellschaften in dem neu erworbenen Gebiete werden hoffentlich keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wir halten eine Kommissionsberathung in diesem Falle nicht für geboten und haben nichts dagegen, wenn diesmal ausnahmsweise die zweite und dritte Berathung gleich im Plenum vorgenommen werden. Uebrigens sind wir für die vorläufige Aufrechterhaltung des Meistbegünstigungsverhältnisses mit Spanien, doch so, daß uns nach Ablauf des Handelsvertrags volle Freiheit bleibt.

Staatssekretär Freiherr **v. Richthofen** erwidert, die Meistbegünstigung solle Spanien ein halbes Jahr über die Dauer der Handelsverträge behalten, dann werde es nach den Sätzen des neuen Zolltarifs behandelt werden.

Abg. **Hasse** (natl.) erklärt sich mit den Ausführungen des Abg. Lieber einverstanden.

Abg. Graf **Kanitz** (kons.) schließt sich der Ansicht des Abg. Lieber bezgl. des Meistbegünstigungsverhältnisses an.

Abg. Dr. **Wiemer** (fr Vp.): Die Erwerbung der Südseeinseln scheint uns das Muster für die Kolonialpolitik zu sein, wie sie nicht sein soll. Die Bevölkerung der Inseln besteht aus Spitzbuben, Räubern und anderen Personen, und diese sind wirklich mit 17 Millionen zu theuer bezahlt. Fürst Bismarck hat schon die Karolinen eine Lumperei genannt, wegen Derer ein Krieg mit Spanien nicht lohne. Wir halten also diese neueste Erwerbung für überflüssig und unnöthig. (Beifall links.)

Staatssekretär **v. Bülow**: Der Herr Vorredner kennt die Inseln ebenso wenig wie ich. Die Schilderungen der Augenzeugen lauten ganz anders wie die seinige. Die auswärtige Politik kann nicht lediglich nach Grundsätzen von Adam Riese geleitet werden. Die jetzt so blühenden australischen Kolonien sind aus der Ansiedelung von Deputirten, (Große Heiterkeit), verzeihen Sie, von Deportirten entstanden. Noch unsere Enkelkinder werden sich unseres schönen Südsee-Besitzes freuen. (Großer Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf **Arnim** (Rpt.) spricht seine Freude über den Erwerb der Karolinen aus.

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Es ist heute nicht der Tag ausführlich auf die Kolonialpolitik einzugehen. So, wie sie hier in Deutschland betrieben wird, müssen wir sie prinzipiell verwerfen und bekämpfen. Was ist denn unsere ganze Kolonialpolitik, was ist unser ganzer Kolonialbesitz? Splitter, nichts als Splitter, wie ich schon dem Fürsten Bismarck gegenüber ausgeführt habe. Wie steht es denn mit Samoa, wie stehts mit unserem Stückchen China? Haben wir denn aus unseren afrikanischen Kolonien etwas anderes heimgetragen als Schmach und Schande? (Widerspruch rechts.)

Nun zu den Karolinen. Nach der Denkschrift über dieselben — die allerdings immerhin besser ist, als die Denkschrift, die uns gestern beschäftigte — ist ihr Werth gleich Null. Die Spanier sind sicher nicht die Betrogenen bei dem Kauf. — Das Klima auf den Inseln soll gut sein; es würde sich vielleicht empfehlen, dort ein Sanatorium einzurichten. Allein so etwas erstrebt unsere Kolonialpolitik nicht; bei der handelt's sich nur um Flottenstationen. Man will uns dem Chauvinismus zu Wasser in die Arme treiben (Sehr richtig! links) — eine um so verhängnißvollere Politik, als kein Staat der Welt; weder England noch Deutschland, zugleich Land- und Seemacht sein kann. Das Wort: Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser, ist falsch; Deutschlands Zukunft liegt im eigenen Lande, würde es richtig heißen. (Sehr wahr! links.) Aber wie steht es denn mit der Freiheit im Lande? Das Zuchthausgesetz, das uns ja jetzt beschäftigt, giebt die Antwort darauf. Daß wir, die wir zu Hause von dem ersten besten Polizisten arretirt werden können, draußen auf Eroberungen ausziehen, das ist, was unsere Kolonialpolitik lächerlich und verächtlich macht. (Zustimmung links. Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß die Kolonialpolitik der deutschen Regierung lächerlich und verächtlich ist. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung (Bravo! rechts.)

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Ich habe nicht gesagt, die deutsche Kolonialpolitik ist lächerlich und verächtlich, sondern macht uns lächerlich und verächtlich. (Heiterkeit.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe.

Abg. **Liebknecht** (Soz) fortfahrend: Was hat bisher das Deutsche Reich in seinen Kolonieen für die Kultur gethan. Da sind die Wehlan und die Leist, die ihre Namen an den Schandpfahl der Geschichte geheftet haben. Der Engländer darf sich überall als Civis romanus fühlen, er darf stolz sein Haus als seine Burg bezeichnen; der Deutsche aber muß demüthig sagen: mein Haus, das ist das Zuchthaus. (Zustimmung links, Lachen rechts.) Man vergleicht häufig unsere Zeit mit der römischen Kaiserzeit; der Vergleich fällt eher zum Nach- als zum Vortheil unserer Zeit aus. Während die römischen Cäsaren für Brot und Spiele sorgten, vertheuert das Deutsche Reich dem Armen das Brot. Auch die Vorlage gehört zur Signatur des heutigen Deutschlands, des Deutschlands des Zuchthauskurses. (Lachen rechts, lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) spricht seine Befriedigung über die Vorlage aus und hofft, daß die Interessen der deutschen Industrie bei dem nächsten Handelsvertrage mit Spanien besser gewahrt werden, als bei dem vorigen.

Abg. **Schrader** (frs. Vg.) ist trotz einiger Bedenken für die Vorlage.

Abg. **Deinhardt** (natl.) befürchtet Schädigung des deutschen Weinbaues durch die Konkurrenz der spanischen Weine.

Abg. Dr. **Rösicke-Kaiserslautern** (B. d. Landw.) theilt die Befürchtung des Abg. Deinhardt.

Unterstaatssekretär **v. Richthofen** tritt den Ausführungen der Vorredner entgegen.

Abg. Dr. **Lieber** (Zentr.) frägt, ob den Jesuiten die Missionsthätigkeit auf den neuerworbenen Inseln gestattet sei.

Staatssekretär **v. Bülow** bejaht die Frage.

Hiermit schließt die erste Lesung. In der sich unmittelbar daran anschließenden zweiten Lesung werden die 4 Vorlagen und der Nachtragsetat debattelos genehmigt.

Hierauf wird die

erste Berathung der Zuchthausvorlage

fortgesetzt.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Meine Herren, einigen der gestern gefallenen Aeußerungen sehe ich mich veranlaßt entgegenzutreten. Als zuerst bekannt wurde, daß ein Gesetz, wie das vorliegende, eingebracht werden würde, wurde bis tief in die demokratische Presse herein die Nothwendigkeit anerkannt, gewissen Ausschreitungen der Koalitionsfreiheit entgegenzutreten. (Widerspruch links.) Seitdem ist der Barometerstand diesem Gesetze gegenüber erheblich gesunken. (Zuruf: allerdings.) Gegenüber manchen gestrigen Ausführungen will ich feststellen, wie dies Gesetz zu Stande gekommen ist. (Zuruf: Oeynhausen.) Gegenüber dem Herrn Lenzmann, sowie, um jeder Legendenbildung entgegenzutreten, will ich

---

Die Rose von Disentis.

Von Heinrich Zschokke.

58)

„Hier sei die Büberei eines Dritten, ein Irrthum oder eine Namensverwechselung vorhanden. Er wolle selbst Aufklärung bei der Polizei suchen, wolle selbst die Wohnung der erwähnten Weibsperson erfragen. Bis dahin beschloß man, nichts gegen Sie, mein Lieber, zu äußern. Folgenden Tages kam der Graf wieder, aber mit unglückweissagendem Gesichte. Er war außer sich, konnte lange nicht Worte finden, das Schrecklichste zu berichten. Im Polizeibureau hatte man ihm Aufruhrlieder von Herrn Prevosts eigener Hand und mehrere Zeugenverhöre vorgelegt, welche die erhobenen Anschuldigungen bestätigen. Er hatte auch den Namen des Mädchens erfahren, diese Person sogleich in der Leopolds-Vorstadt aufgesucht. Es war eine gewisse Jungfer Nannette Schröter, Tochter einer Schneiderswittwe. Nach vielen vergeblichen Vorstellungen, Bitten und endlich Drohungen hatte sie dem Grafen ihre Schuld eingestanden, aber auch, daß sie von Herrn Prevost die Zusicherung habe, er werde sie heirathen. Die Baronin hörte Malarivas Bericht mit stummem Entsetzen. Elfriede hingegen trat mit zornglühendem Gesichte zum Grafen . . .“

„Elfriede? Wirklich? Konnte sie doch?“ murrte der Schützenhauptmann mit ungläubigem Lächeln.

„Sie schalt ihn einen ehrlosen Lügner, dessen schlechtverhehlten Haß gegen den Freund ihres Hauses sie schon lange errathen habe. Der Graf zuckte mitleidig die Schultern, verzichtete großmüthig auf jede Selbstvertheidigung; er habe sich am Ende nur noch zu Gunsten der Frau von Grienenburg verwenden können, daß man wenigstens ihres unbescholtenen Rufes schone. Er übergab dann der in Schmerz und Furcht verlornen Baronin ein Billet. Es waren wenige Zeilen, von einem ihr sehr wohlbekannten Staatsbeamter geschrieben, des Inhaltes: die Frau Baronin möge, um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen, den Studiosus aus Graubünden, Flavian Prevost, ohne Zeitverlust aus ihrem Hause entfernen.“

„Aha!“ bemerkte Flavian mit gerunzelter Stirn. „Nun wird's deutlicher, wie die Sache zusammenhing.“

„Lieber Herr Prevost, das Billet, dann Ihre bald darauf erfolgte Verhaftung bekräftigten natürlich die Befürchtungen. Die Baronin stand durch Rang und Verwandtschaft in so achtenswerthen Verhältnissen, daß ihr die Ungnade des Ministeriums oder des Hofes unmöglich gleichgültig sein durfte.“

„Versteht sich, gnädiges Fräulein. In den sogenannten höheren Ständen hat man nothwendig, auf Dinge Rücksicht zu nehmen, die an sich kein Papierschnitzel werth sind, und denen man doch Lebensglück, Tugend und die edelsten Gefühle des Herzens aufopfern muß. Der gute Ton erfordert das zuweilen. Nicht so? Und das Histörchen mit dem Mädchen nahm man auch ohne Bedenken als baare Münze an?“

„Nicht so blindlings wie Sie meinen. Hören Sie nur. Zwar hatte man im Anfange offenbar den Kopf ziemlich verloren, Elfriede jedoch ermannte sich am ersten zu einiger Besonnenheit, hielt es zwar nicht für unmöglich, daß der Argwohn der Polizei durch unbedachtsame Aeußerungen über politische Angelegenheiten erregt sein könne, aber, Herr Prevost, an eine sittliche Verworfenheit Ihres Charakters, mit welcher man Sie hingestellt hatte, wollte und konnte sie durchaus nicht glauben. Auch die Baronin fing an, ihr darin beizustimmen. Malariva gerieht in Verlegenheit. Man wollte die berüchtigte Nannette selbst sehen und verhören. Der Graf wurde genöthigt, eine Zusammenkunft zu veranstalten. Das Mädchen sträubte sich, wie er sagte, einige Tage heftig dagegen, endlich jedoch gelang es ihm, die Tochter des Schneiders zu überreden und eines Abends herbeizuführen. Da bekannte sie weinend ihre Schuld, ihren Leichtsinn, doch mehr als um das jammerte sie über die Verweisung des Herrn Prevost aus den österreichischen Staaten, denn sie fühle die Folgen des verbotenen Umganges. Die Baronin war bei diesem Geständnisse einer Ohnmacht nahe. Elfriede, in Zorn aufflammend, schalt die schluchzende Dirne eine schamlose, freche Betrügerin, die einen abwesenden Ehrenmann als Urheber ihrer Schande anklagen zu dürfen glaube. Das Mädchen gerieth über die Vorwürfe in eine wahre Wuth, vertheidigte die Wahrheit ihrer Worte, sprach von Briefen, schriftlichen Versprechungen des landesverbannten Liebhabers, hatte aber nichts vorzuweisen; zuletzt jedoch zog sie die Geldbörse mit Elfriedens eigenhändiger Stickerei hervor und hielt sie dem Fräulein von Marmels unter die Augen. Elfriede nahm, untersuchte eine Zeit lang stumm und still, erkannte das Ihnen, Herr Prevost, gegebene Andenken und schleuderte es wie eine giftige Natter dem Mädchen voll Entsetzen ins Gesicht. Sie that einen lauten Schrei und fiel besinnungslos zu Boden.“

Hier sprang Prevost mit dem Rufe: „Höllisches Geschmeiß!“ vom Steinsitze auf. „Das war Malarivas Zuhälterin! Der Bösewicht hatte das feile Geschöpf abgerichtet.“

„Beruhigen Sie sich“, sagte Pauline, und zog ihn wieder zu sich nieder. „Vernehmen Sie nur noch den Ausgang der unheilvollen Geschichte, doch erlassen sie mir die Schilderung der Tage, die jenem Abend folgten. Elfriede lag mehrere Wochen im Fieber. Die arme Baronin erkrankte noch gefährlicher, erholte sich nie ganz wieder, sie zehrte sich langsam ab und ging freudenlos ihrem Grabe entgegen. Ich eilte von Brünn nach Wien. Elfriede genas bei sorgfältiger Pflege, allein die ehemalige Heiterkeit Ihres Gemüthes kehrte nicht wieder. Letzten Sommer begleiteten wir die Baronin in die böhmischen Bäder. Dort fand die Unglückliche ihre Erlösung durch einen sanften Tod.

(Fortsetzung folgt.)

konstatieren, daß das Reichsjustizamt mit voller Gleichberechtigung an der Vorlage mitgearbeitet hat und das Gesetz in dieser Fassung von allen Regierungen beschlossen worden ist. (Hört! hört!)

Von der Denkschrift hat schon Herr Nieberding gesagt, daß sie nicht sowohl die einzelnen Paragraphen beweisen, als vielmehr ein anschauliches Bild von den Arbeiterkämpfen geben soll. (Zuruf links: Und was für eins!) Daß wir uns, was man uns zum Vorwurf gemacht hat, vorwiegend bei Staatsanwälten, Polizeibehörden und so weiter informirt haben, hat seinen guten Grund: Wir fragten die unparteiischen Organe des Staates. (Stürmische Heiterkeit.) Es wird den deutschen Abgeordneten im Auslande nicht schmeichelhaft ausgelegt werden, daß sie die Unparteilichkeit der heimischen Behörden in gehässiger Weise in Zweifel ziehen. Ich selbst wünsche, daß die Gesetze auf die Unternehmer in der gleichen Weise angewandt werden, wie auf die Arbeiter. (Zuruf: Geschieht aber nicht!)

Man hat die Richtigkeit der Statistik in Frage gezogen, die wir in Bezug auf die Streikvergehen aufgestellt haben. Ich möchte Ihnen ein neues Beispiel von dem Terrorismus der Arbeiter geben. Ein sehr angesehener Mann schreibt mir, daß in einer Stadt die Kinder der Arbeitswilligen von den Kindern der Streikenden mißhandelt werden, so daß die Eltern der ersteren gezwungen sind, auch die Arbeit niederzulegen, blos, um ihre Kinder zu schützen. (Schallende, langanhaltende Heiterkeit. Zuruf: Wo ist denn das?) Ja, des kann ich Ihnen erst sagen, wenn ich meine Recherchen angestellt habe. (Erneute Heiterkeit.) Unberechtigt war der Angriff des Herrn Bebel auf die Regierung wegen der Anwendbarkeit des § 153 auf die Unternehmer. Die Regierung war stets der Meinung, daß der Paragraph auf Unternehmer anwendbar sei. Auch die Behauptung, daß im Jahre 1891 die Sozialdemokraten eben die Mittel, die dies Gesetz unter Strafe stellen will, für verwerflich hielten, muß ich aufrecht erhalten.

Die schwarzen Listen sind völlig identisch mit dem Boykott. Auch ich halte sie für bedauerlich, weil sie häufig den Unschuldigen mit dem Schuldigen treffen. Aber wir können die schwarzen Listen nur verbieten, wenn wir gleichzeitig den Boykott verbieten.

Uebrigens waren die Ausführungen von einem Theil der Redner eigentlich für die Vorlage. (Zuruf: Jawohl, von Arendt.) Die Herren sprachen von dem Unternehmer-Terrorismus, wie er durch Syndikate u. s. w. ausgeübt wird. Ja, diesen Terrorismus wollen wir ja gerade treffen. (Lachen links.)

Ich verstehe nicht, daß man gerade von der Linken dem Gesetz solche Opposition macht. Es handelt sich doch nur um einen Schutz der persönlichen Freiheit. Sie dürfen nicht vergessen, daß ein Streik fast immer nur von wenigen Personen proklamirt wird; ihrem Willen sollen sich dann die anderen einfach fügen. Wir wollen nur die verständige Beschränkung von Ausschreitungen, wie sie bei Ausständen vorkommen. Lehnen Sie diese Vorsichtsmaßregel ab, so kommen wir zu einer bedauerlichen Zerklüftung der Gesellschaft in zwei Heerlager. (Beifall rechts. Lachen links.)

Abg. Rösicke (wildlib.): Ich habe von vornherein nur ungünstige Urtheile über die Vorlage gehört. Ich habe auch geglaubt, daß wenigstens ein Theil der verbündeten Regierungen eine bessere Meinung von dem deutschen Volke gehabt hätte. Das ist nun leider nicht der Fall. Auch die günstige Meinung, die der Abg. Lenzmann von dem Reichsjustizamt hegte, ist leider nicht zutreffend. Diese Vorlage ist nicht nur ein Schlag gegen das Koalitionsrecht sondern auch gegen den Reichstag, der so oft die Ausdehnung jenes Rechts gefordert hat. Daß die jetzigen Machtmittel des Staates zur Bestrafung jener „Mißbräuche" vollkommen ausreichen, das beweisen die ungemein harten Urtheile der Gerichte, namentlich der sächsischen. Wahrhaft erfreulich war da das neuliche Urtheil des Berliner Landgerichts, das festgestellt hat, daß das sächsische Oberverwaltungsgericht sich wiederholt dahin ausgesprochen hat, daß die Arbeiter mindern Rechts seien. Zur Begründung dieser Vorlage ist nichts beigebracht worden. Wenn sich wirklich Schulkinder einmal geprügelt haben, so wird ihnen das ebenso wenig nachtheilig gewesen sein, wie uns in unserer Jugend. Die Denkschrift ist eben aus Material zusammengestellt, das Polizeibeamte und Staatsanwälte ausgewählt. Warum hat sich der Staatssekretär nicht an die Arbeiter und ihre Vertreter gewandt? Den Terrorismus der Arbeitgeber müßte man doch ebenso hart verurtheilen. Hier in Berlin sind jetzt eine große Zahl Maurer ausgesperrt, die mit dem Streik gar nichts zu thun hatten. Die Arbeiter haben niemals Schutz gegen den Terrorismus von Arbeitern gefordert, die Arbeitgeber haben dies Verlangen gestellt. Der Kaiser hat seine Rede gehalten auf Grund dessen, was ihm aus den Eingaben von Arbeitgebern berichtet worden war . . .

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich bitte den Redner, unbeglaubigte Aeußerungen des Monarchen nicht in den Bereich seiner Ausführungen zu ziehen.

Abg. Rösicke: Diese Rede hat im Staatsanzeiger gestanden.

Präsident: Dann ist das etwas Anderes. (Heiterkeit.)

Abg. Rösicke: Hätten die Räthe des Monarchen ihre Schuldigkeit gethan, so hätten sie ihm berichten müssen, daß die Arbeiter ganz anderer Meinung sind als die Unternehmer. Dann wäre uns die zweite Rede — die auch im Reichsanzeiger steht — und die Vorlage erspart geblieben. Ich für meine Person würde mich schämen, einem Reichstage anzugehören, der eine solche Vorlage annimmt. (Bravo!) Ich hoffe aber, es geschieht nicht; die Vorlage wird vielleicht noch beseitigt, ehe noch das 19. Jahrhundert zu Grabe getragen ist. (Großer Beifall links!)

Preußischer Handelsminister **Brefeld**: Der Vorredner hat Se. Majestät den Kaiser in die Debatte gezogen. Ich darf wohl darauf aufmerksam machen, daß es parlamentarischer Gebrauch in allen konstitutionellen und monarchischen Staaten ist, die Person des Monarchen nicht in die Erörterung zu ziehen. (Unruhe links.) Für alle Regierungshandlungen des Monarchen steht der Reichskanzler ein, an ihn haben Sie sich zu wenden, wenn Sie etwas kritisiren wollen. (Oho! links und große Unruhe.) — Was die Vorlage angeht, so hat schon 1891 Herr von Berlepsch ausdrücklich hervorgehoben, als der Reichstag bei der Novelle zur Gewerbeordnung eine Verschärfung des § 153 ablehnte, daß weitere Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung ihn dazu führen würden, den damals abgelehnten Weg zu beschreiten. Diese Voraussetzung hat sich als richtig erwiesen. Die Denkschrift beweist, daß die Zahl der Arbeitseinstellungen und Ausschreitungen sich seit 1891 vermehrt hat. Man hat gefragt, warum die Gewerbeinspektoren nicht um Auskunft ersucht sind. Woher wissen Sie, daß das nicht geschehen ist? (Abg. Rich. Fischer: Weil in den Berichten der Fabrikinspektoren das Gegentheil steht, wie in der Denkschrift. — Heiterkeit. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Lassen Sie doch die Zwischenrufe und Privatgespräche. Wir kommen ja sonst nie zu Ende. (Große Heiterkeit.)

Minister Brefeld: Ich erinnere an die Arbeiterausstände 1892 und 1893 im Ruhr- und Saarrevier. Diese Ausschreitungen sind als Kindereien bezeichnet worden. Wie wurde aber im Saarrevier der Ausstand inszenirt? Besondere Boten eilten von Grube zu Grube. 24,000 Arbeiter legten dann an einem Tage ohne Kündigung mit Kontraktbruch die Arbeit nieder. Die Ausständigen bedrohten die Arbeitgeber und ihre Angestellten, die Arbeitswilligen wurden mit Steinwürfen verfolgt, geprügelt, es wurde auf sie geschossen, die Streikenden drangen in ihre Häuser und bedrohten ihre Angehörigen. Dynamitanschläge wurden versucht. (Große Unruhe und Gelächter links. Rufe hu! hu! Abg. Singer: Ist das nicht heute schon dagewesen.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abg. Singer, ich bitte nicht zu unterbrechen. (Heiterkeit.)

Minister Brefeld: Sind das Kindereien? In einer gedruckten Aufforderung der damaligen Führer heißt es: Erkenne nur Deine Macht, Bergmann! (Mit erhobener Stimme): Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will. (Große Heiterkeit links.) Glücklicher Weise hatten sich die Werke auf drei Wochen mit Kohlen versehen, weil sie den Streik vorausahnten. Im Ruhrrevier wurde ein Generalstreik inszenirt, zu dem ebenso wenig Ursache vorhanden war. Auch dort sind Ausschreitungen der schlimmsten Art vorgekommen. Vergegenwärtigen Sie sich doch einmal, was es heißt, wenn in zwei bedeutenden Revieren die Kohlenförderung thatsächlich ruht, und dann bestreiten Sie, daß hier eine gemeine Gefahr vorliegt! Wir haben ähnliche Fälle bei uns ja nicht erlebt. (Ruf links: Na eben! Heiterkeit), aber in anderen Staaten haben sie sich ereignet. Denken Sie an den amerikanischen Eisenbahnarbeiterstreik von 1897! Zu Derartigem dürfen wir es nicht kommen lassen. Und da wollen Sie sich nicht einmal zu einer Kommissionsberathung verstehen? (Lachen links.) Ich wundere mich, daß die Regierung keine größere Unterstützung findet. (Großes Gelächter, links.) Sämmtliche Ordnungsparteien sollten darin einig sein, daß die Ausgestaltung des § 153 der Gewerbeordnung in den §§ 1 und 2 der Vorlage durchaus rationell ist. Der § 153 der Gewerbe-Ordnung trifft nur den, der zum Beitritt zwingt und den, der vom Rücktritt abhält. Er trifft aber nicht den, der am Beitritt hindert und zum Rücktritt zwingt. Die vorgeschlagene Ausgestaltung ist also logisch nothwendig. Auch beim zweiten Theil handelt es sich um ein billiges und verständiges Verlangen. (Lachen links.) Der § 8, an dem man so viel Anstoß nimmt, bringt nur ein durchaus gesundes Prinzip zum Ausdruck. Ueber Einzelheiten können wir ja noch in der Kommission sprechen. Eine glatte Ablehnung ist ja einfach unmöglich. (Gr. Heiterkeit.) Wenn Lücken vorhanden sind, so sagen Sie es doch, stellen Sie doch Anträge. (Viele Zwischenrufe.) Daß die Arbeiter in der Praxis mehr getroffen werden, als die Unternehmer, das liegt in der Natur der Verhältnisse. (Hört! hört!) Den Arbeitgeber bewahrt seine bessere Lebenslage vor Ausschreitungen; bei den Arbeitern kommt es dazu, wenn die Streikkasse leer wird und die Verzweiflung die Streikenden erfaßt. Solche Ausschreitungen wollen wir aber verhindern.

Sie fragen: Weshalb schreiten wir nicht gegen die Unternehmersyndikate ein? Ich sage: Diese Syndikate wirken günstig! Sie garantiren eine ruhige, gleichmäßige Entwickelung. Freilich liegt da die Gefahr nahe, daß die Preise zu sehr in die Höhe getrieben werden. Hier handelt es sich dann für die Gesetzgebung um ein Problem allerschwierigster Art. Da kann die Gesetzgebung nur Grundlagen für einen statistischen Ueberblick schaffen. Mehr kann sie zur Zeit nicht erreichen.

Endlich hat Herr Dr. Lieber verlangt, daß vor Erledigung dieser Vorlage der § 152 der G.-O. positiv ausgestaltet werde. Er verlangte die Rechtspersönlichkeit der Berufsvereine, Arbeitskammern u. s. w. Aber alle diese Fragen gehören doch zu den allerschwierigsten Problemen. (Stürmisches Gelächter links.) Zunächst müssen wir reprimirend wirken gegen die Ausschreitungen der Arbeiter, dann aber auch Alles unterstützen, was geeignet ist, die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Darin liegt der Accent unserer ganzen sozialen Gesetzgebung, er liegt in sozialer Gerechtigkeit. (Lebh. Beifall rechts.)

Präs. Graf **Ballestrem**: Der Herr Bundesbevollmächtigte hat im Eingang seiner Rede die Ausführungen eines Abgeordneten, die ich bereits rektifizirt hatte, noch einmal zu rektifiziren für nöthig befunden. Das war bisher bei den Mitgliedern des Bundesraths nicht üblich und ist durchaus geeignet, die Thätigkeit des Präsidenten zu erschweren und sein Ansehen vor dem Hause herabzuziehen. (Lebh. Bravo! links.)

Preuß. Handelsminister **Brefeld**: Selbstverständlich lag dies nicht in meiner Absicht. Aber ich mußte meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß hier Dinge erörtert werden, wie es in keinem anderen Parlamente der Welt üblich ist.

Präs. Graf. **Ballestrem**: Es bleibt bei dem, was ich gesagt habe. (Beifall.)

Sächsischer Ministerialdirektor **Fischer**: Der Herr Abg. Rösicke hat von einem Urtheil des Berliner Landgerichts gesprochen. Ich kenne dieses Urtheil nur aus den Zeitungen, und diese berichten verschieden. So lange ich nicht den authentischen Text gelesen habe, kann ich es nicht glauben, daß ein Gericht sich so ausgesprochen haben sollte, wie der Abg. Rösicke angab. Einstweilen gehe ich auf das Urtheil nicht ein und bitte das Haus, das Gleiche zu thun.

Abg. **Hautzmann**-Böblingen (südd. Vp.): Ich glaube nicht, daß irgend ein Reichstag sich von einem Vertreter des Bundesraths wird vorschreiben lassen, was es . . .

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abgeordneter, ich habe bereits erklärt, daß eine Kritik meiner Geschäftsführung dem Herrn Vertreter des Bundesraths nicht zusteht. Für ebenso unangemessen muß ich es erklären, wenn Sie jetzt auf die Sache zurückkommen und zum Schiedsrichter ein Mitglied des Bundesraths rektifiziren wollen. (Beifall.)

Abg. **Hautzmann**: Herr Präsident, ich habe mich aufrichtig gefreut über den Nachdruck, mit dem Sie die Würde des Hauses zu wahren verstanden haben:

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich bitte Sie, über meine Geschäftsführung weder ein zustimmendes, noch ein mißbilligendes Urtheil abzugeben. (Heiterkeit.)

Abg. **Hautzmann** (fortfahrend): Nun zum Gesetz. Das Gesetz sagt man, läßt den Arbeitern die Koalitionsfreiheit; mag sein: es [illegible] sie aber der Mittel, um von ihr Gebrauch zu machen. Was erreicht man denn eigentlich mit dem Gesetze? Man wird nur eine breite Furche von aufregenden [illegible] [illegible]. (Sehr richtig!) Die Gleichstellung von Leuten, die sich leichte Streikvergehen haben zu Schulden kommen lassen, mit gemeinen Verbrechern, muß geradezu verwirrend auf das Rechtsbewußtsein des Volkes wirken. Die Aeußerung, die der Abg. Lieber über die schon heute übliche [illegible] der deutschen Gerichte that und die ihm den Ordnungsruf des Präsidenten zuzog, war meinem Herzen aus der Seele gesprochen. (Lebh. Beifall links und im Zentrum.) Wenn die Herren von der Rechten die jetzt für das Gesetz stimmen, von ihrer Hände Arbeit leben müßten, dann würden sie anders über dasselbe urtheilen. — Gänzlich falsch ist die Behauptung des Abg. Arendt, die Arbeiter außerhalb der Sozialdemokratie seien für das Gesetz. Das Umgekehrte ist der Fall. Die Liebermann'schen Gesellen haben sich wie die Bassermann'schen gegen das Gesetz erklärt. (Stürmische Heiterkeit.)

[illegible] einem [illegible] Sprichwort heißt regieren vorhersehen. Mit der Einbringung dieses Gesetzes hat die Regierung, hat der Reichskanzler aber keine große Kunst des Vorhersehens bewiesen. (Heiterkeit.)

Herr von Bennigsen hat einmal beklagt, das Bürgerthum nehme in Deutschland nicht die ihm gebührende Stellung ein. Wenn die Nationalliberalen aufrecht den Weg gehen wollten, den Herr Bassermann gestern betreten, dann könnte das Bürgerthum sich bald diese Stellung erringen. (Sehr richtig.)

Mit welchem Anspruch ist die Einbringung dieser Vorlage eingeleitet worden. Und was ist herausgekommen? Ein Gesetz, das wohl als Windhafer werden wird. Wir brauchen nicht mehr Zuchthaus, sondern mehr Freiheit, nicht mehr [illegible], sondern mehr [illegible]! (Beifall links. — [illegible].)

Die Abgg. von Czarlinski (Pole) und Winterer (Els.) erklären sich gleich gegen die Vorlage.

Die Weiterberathung wird auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. (Außerdem: Beringungsdebatte: 3. Lesung des 2. Nachtragsetat und der heute behandelten beiden Vorlagen.)

Präsident Graf **Ballestrem** theilt mit, daß Abg. Brodbeck (südd. Vp.) sein Mandat niedergelegt hat.

Schluß 5½ Uhr.

Ein Aufnahmegesuch gegen die Sozialdemokratie

ist die Zuchthausvorlage; das geht ein durch den offiziösen Draht verbreiteter Artikel der amtlichen „Berliner Korresp." ganz offen zu. In einem Artikel mit der schönen Ueberschrift: „Der Staat sind wir", sagt das Papier u. A.:

„Die Sozialdemokratie begnügt sich nicht allein, die Mehrheit der Arbeiterschaft zu beherrschen, sondern erstrebt [illegible], [illegible] auch [illegible], die vom Staate geschaffenen [illegible] Organisationen ihrer Zwangsgewalt zu unterwerfen und die Gewerbegerichte und Krankenkassen ihren politischen Zwecken dienstbar zu machen. Der Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses soll der bestimmten Zurückweisung dieser Herrschaftsgelüste der Sozialdemokratie dienen."

Na also! Warum ist man dann aber zu feig, das gleich ganz offen zu sagen, und warum sucht man die Welt erst durch das heuchlerische Gerede von der gleichen Licht- und Schattenvertheilung zu täuschen?

Nationalliberale und Zuchthausvorlage.

Von Glauchau aus ist der „Deutsch. Tagesztg." zufolge aus nationalliberalen Kreisen dem freikonservativen Abg. Arendt, der am Dienstag mit seiner Vertheidigungsrede zu Gunsten der angeblich nur „kleine Unebenheiten" aufweisenden Zuchthausvorlage im Reichstag ausgelacht worden ist, ein Huldigungstelegramm zugegangen. Die Absender rühmen sich, daß sie jeder Zeit seit dem Bestehen des Reiches getreulich für die nationalliberale Partei eingetreten seien, aber gegen die Rede des Abg. Bassermann müßten sie protestiren. Darum bringen diese sächsischen Nationalliberalen dem freikonservativen Abg. Arendt herzlichen Glückwunsch zu seiner „vortrefflichen Entgegnung" dar.

Die Justiz und die Sozialdemokratie.

Das Urtheil der zweiten Berliner Strafkammer, welches den „Vorwärts" von der Beleidigung des sächsischen Oberlandesgerichts freisprach, wird von der sächsischen Reaktionspresse als Stoß vor den Kopf empfunden. Die Rechtsbegriffe der sächsischen „Ordnungsparteien sind so verwirrt und korrumpirt, daß es ihnen unmöglich ist, ein gegenüber der Sozialdemokratie objektives Urtheil zu fassen. Das Regierungsorgan „Leipziger Zeitung" schreibt also:

„Ob darin eine Verurtheilung der sächsischen „Staatsweisheit" liegt, überlassen wir der Beurtheilung unserer Leser. Nach unserer Auffassung beruht diese „Staatsweisheit" auf dem folgenden sehr einfachen Gedankengang. Die Sozialdemokratie hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie im Gegensatz zu anderen politischen Parteien den Staat nicht im Einzelnen reformiren und einzelne seiner Einrichtungen zum Gegenstand der Kritik machen, sondern daß sie ihn in seiner Totalität beseitigen, die jetzigen Regierungen stürzen und dieses Ziel nöthigenfalls mit Gewalt durchsetzen will. Daß sie diesen Zweck neuerdings aus taktischen Gründen zu verhüllen sucht, ihn nicht mehr so oft und so offen ausspricht, wie früher, ändert nichts an der Sache. Eine solche Partei ist nicht mehr eine Partei wie jede andere, sondern **verfolgt mit verbrecherischen Mitteln verbrecherische Zwecke.** Jede einzelne Lebensäußerung dieser Partei steht daher im Dienst dieses verbrecherischen Zwecks, dem die staatliche Gerechtigkeit entgegentreten muß, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Nicht minderes Recht haben die Anhänger dieser Partei vor Gericht zu genießen, sondern dasselbe Recht, dem jeder zu unterstellen ist, der denselben verbrecherischen Zweck, mit denselben verbrecherischen Mitteln betreibt. Ob das Mittel im einzelnen Falle ein verbrecherisches oder an sich erlaubtes, z. B. die Herausgabe eines Flugblattes oder die Veranstaltung einer Sammlung ist, ändert nichts an dem Endziele; dem Umsturz des Staates mit gewaltsamen Mitteln. Jede einzelne Handlung der Partei, auch die an sich erlaubte, steht im Dienste des verbrecherischen Endzwecks und muß daher von Rechts wegen als ungesetzlich verfolgt werden. Der Berliner Gerichtshof scheint dieser Meinung nicht zu sein; wir werden sie trotz seines Rechtsspruchs auch ferner für die richtige halten."

Sollte diese köstliche Darlegung vom Wesen des Staates und der Justiz den Beifall der sächsischen Regierung finden, so zweifeln wir nicht, daß diese Regierung unverzüglich sämmtliche Staatsanwälte und Richter des lobesamen Sachsenlandes in Haft nehmen läßt und ihrer Stellungen verlustig erklärt. Denn sie haben sich sämmtlich der schwersten Amtsverbrechen schuldig gemacht. Sie hätten eine ganze Partei von Verbrechern ungestört „ihre verbrecherischen Zwecke mit verbrecherischen Mitteln" verfolgen lassen, ohne pflichtgemäß einzugreifen. Die geringen Anlässe dieser Justiz, sozialdemokratische Flugblätter und Hochrufe auf die Sozialdemokratie für strafbar zu erklären, müßten als erschwerender Umstand angesehen werden, denn sie beweisen das Bewußtsein der Justizbeamten von der Verbrechernatur der Sozialdemokraten. Diese Verbrecher aber dennoch frei wandeln und ihr hochverrätherisches Treiben ungestört ausüben zu lassen, ist offenbar selbst ein schweres Vergehen.

Auch die „Dresdener Nachrichten", eines der erfolgreichsten Klatsch- und Streberblätter Sachsens, das sogar die besonderen Sympathien des Reichstags-Vizepräsidenten von Frege errungen hat, ist ganz entsetzt über das Berliner Urtheil:

„Die in dem Berliner Urtheilsspruch liegende Kritik ist von ganz unabsehbaren Konsequenzen, sie muß, wie kein Urtheil vorher die **Autorität der ganzen Rechtsprechung untergraben**: mit diesem Urtheil ist die Achtung vor allen richterlichen Erkenntnissen hinfällig geworden."

Vortrefflich! Gerechte Urtheile untergraben die Rechtsprechung!

Hungerzoll und Kanalvorlage.

Daß eine Unterredung des Herrn v. Miquel mit einem Vertreter der „Braunschweigischen Neuesten Nachrichten" stattgefunden habe, war, wie wir berichtet haben, von der „Nordd. Allg. Ztg." abgeleugnet worden. Der Gewährsmann der „Braunschw. Neuest. Nachr.", der sich politischer und sozialpolitischer Schriftsteller nennt, erklärt jetzt in seinem Blatte, daß das Gespräch mit dem Finanzminister thatsächlich am Mittwoch voriger Woche stattgefunden habe, als er den Minister zur üblichen Empfangsstunde aufgesucht und um Auskunft insbesondere über den Stand der Kanalvorlage ersucht habe. Auch den Inhalt des Gesprächs hält der Gewährsmann des braunschweigischen Blattes aufrecht. Es handelte sich um die berühmte Unterredung, in der Miquel den Agrariern den Hungerzoll auf Getreide zugesichert hat. Wird Herr v. Miquel die Unterredung nunmehr immer noch ableugnen?

Das Eisenbahnkreditgesetz ist im Abgeordnetenhause noch immer nicht in Sicht. Es heißt, so schreibt boshaft die „Freis. Ztg.", es sei die vom Staatsministerium längst in das Kabinet abgegebene Vorlage dort verlegt und in dasselbe Fach gerathen, wo der Antrag des Ministeriums auf

Bestätigung Kirschners vergraben liegt. Eine Ausgrabung des Eisenbahnkreditgesetzes soll vor Annahme der Kanalvorlage nicht zu erwarten sein.

Mandatniederlegung. Der Reichstagsabgeordnete **Brodbeck** von der Deutschen Volkspartei, dessen Wahl bekanntlich von der Kommission für ungiltig erklärt wurde, hat sein Mandat niedergelegt.

Ausland.

Zur Lage in Frankreich.

In Frankreich ist nunmehr Léon Bourgeois vom Präsidenten Loubet nach einer längeren Unterredung mit Brisson ersucht worden, die Neubildung des Kabinets zu übernehmen. Bourgeois, der als Delegirter Frankreichs auf der Friedenskonferenz im Haag weilt, hat schon einmal Loubets Ersuchen abgelehnt, unter Hinweis auf seine Thätigkeit im Haag. Diesmal hat er wenigstens dem Wunsch Loubets entsprechend, sich am Dienstag aus dem Haag nach Paris begeben, aber es wiederum abgelehnt, an die Spitze des Kabinets zu treten.

Bourgeois begab sich am Mittwoch, nachdem er im Laufe des Vormittags verschiedene politische Freunde aufgesucht hatte, wieder in das Elysee und erklärte dem Präsidenten Loubet, er stelle sich ihm zur Verfügung, um das Amt eines Vermittlers zu übernehmen. Dagegen halte er es nicht für nothwendig, daß er an die Spitze des Kabinets trete, vielmehr würde er es vorziehen, nach dem Haag zurückzukehren. Man nimmt an, daß Delcassé endgiltig mit der Kabinetsbildung werde beauftragt werden. Die Kammer gab sich am Mittwoch bis Montag vertagt.

Der Generalstabschef der französischen Marine ist disziplinirt worden. Lockroy hat den Generalstabschef der Marine de Cuverville, welcher den Deputirten Fleury-Ravarin zu seiner an der maritimen und kolonialen Vertheidigung geübten Kritik beglückwünscht hatte, angewiesen, seine Amtsbefugnisse dem Kontreadmiral Mallarmé zu übertragen.

In Paris ereignete sich am Dienstag Abend ein erregter Zwischenfall in der Rue Royale. Der antisemitische Deputirte für Constantine, Morinaud, sprang aus seinem Wagen in den des vorüberfahrenden sozialistischen Deputirten Rouanet und ohrfeigte ihn, indem er ihm zurief: „Dies ist die Antwort aller Algerier“. Rouanet, welcher völlig verblüfft war, versuchte seinem Angreifer einen Hieb mit dem Stock zu versetzen, traf ihn jedoch nicht. Sodann zog er einen Revolver heraus, indem er Morinaud einen Gauner nannte. Morinaud erwiderte, er solle nur schießen, er sei ein Feigling. Schließlich trennte der Kutscher Rouanets die Gegner und trieb die Pferde zum Weiterfahren an. Dem Abg. Morinaud hatte der Abg. Rouanet einen von ihm an der algierischen Bank verübten Viertelmillionenbetrug nachgewiesen. Ein sauberer Bursche dieser antisemitische Raufbold.

Die Opfer von Montjuich.

In der letzten Sitzung der spanischen Deputirtenkammer verlangte Piny Margall die Revision des Prozesses der Gefangenen von Montjuich. Es wurde kein Beschluß gefaßt. — Die Machthaber wollen den grausigen Justizmord nicht sühnen, sie verschleppen, bis der Druck von außen sie zur Raison bringen wird. Hoffentlich wirkt die in Spanien in Angriff genommene Protestbewegung.

England und Transvaal.

Von England aus wird gewaltig in die Kriegstrompete gestoßen, um den Anschein zu erwecken, als ob die Briten drauf und dran wären, die südafrikanische Republik mit Krieg zu überziehen. Der „Daily Telegraph“ will wissen, für den Fall des Ausbruchs von Feindseligkeiten mit Transvaal werde der General Sir Redvers Buller zum Kommandeur der britischen Streitkräfte in Südafrika ernannt werden. Im Hauptquartier seien thatkräftige Maßnahmen im Gange, um wirksame Vorkehrungen für eine Verwendung großer Massen von Kavallerie und Artillerie zu treffen.

Die Militärbehörden in Kapstadt haben die Kontrakte auf bestimmte Lieferungen für das Militär einstweilen aufgehoben mit der Begründung, daß die Regimenter sich bereit halten müßten, auf kurzen Befehl Kapstadt zu verlassen. Andere Anzeichen für Vorbereitungen zum aktiven Dienst sind, daß die Detachements des Lankashire-Regiment in Wynberg und Stellenbosch sich mit dem Regiment in Kapstadt vereinigt haben.

Es ist zu hoffen, daß sich die erhitzten Gemüther wieder beruhigen werden und doch noch eine Einigung mit dem etwas halsstarrigen Ohm Paul zu Stande kommt. —

Von den Philippinen.

Eine neue Niederlage der Amerikaner auf Manila wird über Paris bekannt. Solche Nachrichten finden vor der Zensur des Generals Otis keine Gnade. Das Gefecht fand zwischen Imus und Desmarins statt. Die Amerikaner verloren einige vierzig Todte und sehr viele Verwundete. Ihr Rückzug war fluchtartig und nur das Eintreffen von Hilfstruppen im letzten Augenblick bewahrte sie vor völliger Vernichtung.

Ein Londoner Morgenblatt berichtet heute aus Newyork, daß der amerikanische Kriegsminister beschlossen hat, 15,000 Mann Freiwilliger zu den Waffen zu rufen. Die Militärräthe haben ihn zu dieser Maßregel bestimmt. Die Blätter fordern energisch den Rücktritt des Kriegsministers, sowohl wegen der Art und Weise, wie er den Feldzug organisirt hat, als auch wegen der optimistischen Nachrichten über die Lage auf den Philippinen.

Partei-Angelegenheiten.

Die ungarische Sozialdemokratie hat in Alföld einen schönen Erfolg zu verzeichnen; in Mako, der Hauptstadt des Csanader Komitats, wurden bei den jüngst dort vorgenommenen Gemeindewahlen vier Sozialdemokraten in den Gemeinderath gewählt. Es ist dies ein erfreuliches Zeichen des Anwachsens der sozialistischen Feldarbeiter-Bewegung. Dieser Wahlerfolg wird vor Allem bewirken, daß die städtische Polizei von Mako in Zukunft das Versammlungsrecht der Arbeiter mehr respektiren wird.

Arbeiterbewegung.

Zur Lohnbewegung der Steinsetzer. Der Innungsring ist gesprengt! Ein Mitglied der Berliner Steinsetzerinnung hat bereits den von den Steinsetzern aufgestellten Lohntarif unterschrieben. Verschiedene Andere werden nun, nachdem der Bann gebrochen ist, nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen.

Beim Maurerstreik in Zwickau hat sich die Zahl der Streikenden von 500 auf 650 vermehrt; 160 sind abgereist. Drei Unternehmer haben bis jetzt die gestellten Forderungen bewilligt.

Die Maler in Naumburg befinden sich im Streik um die Hauptforderung eines Minimallohnes von 38 Pf. die Stunde.

Zimmererbewegung in Baden. Am Sonnabend kündigten sämmtliche Zimmerer in Freiburg i. B., da die Meister es ablehnten, mit der Lohnkommission zu verhandeln.

In Frankfurt a. M. kam es zu einer Einigung der Zentral- und Lokalorganisation der Metallarbeiter. Die Lokalorganisation löst sich auf und tritt mit ihren Mobilien in den deutschen Metallarbeiterverband über. Das war nur vernünftig.

Der Berliner Maurerstreik ist noch unverändert. Zweitausend Maurer haben Berlin bereits verlassen, so daß die Zahl der zu Unterstützenden abnahm.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Das Landgericht Zabern (Elsaß) verurtheilte den Tagelöhner Anton Wagner aus Hagenau wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängniß. Wagner hatte in angetrunkenem Zustande vor der Dragonerkaserne in Hagenau in Gegenwart einer Anzahl Soldaten wiederholt Beschimpfungen gegen die Person des Kaisers ausgestoßen.

Aus aller Welt.

Von zwei Geisteskranken wurde am Mittwoch Vormittag, wie der „Dresdener Anzeiger“ aus Medingen meldet, dort ein Land-Gendarm überfallen und ermordet.

Ein zwölfjähriges Waisenmädchen versuchte sich bei Weißenfels in der Saale zu ertränken, weil es von ihrer Pflegemutter so mißhandelt wurde, daß es lieber sterben als diese Mißhandlungen noch weiter erdulden wollte.

Vom Wetter. Ein Theil der rheinhessischen Pfalz wurde am Montag von starkem Hagelschlage getroffen. Die Ernte ist zum Theil vernichtet, der Schaden enorm. — Ein Montag Nachmittag über Franken niedergegangenes Gewitter hat viel Unheil angerichtet. In Estenfeld wurde ein 20jähriger Bauerssohn auf freiem Felde vom Blitz erschlagen. Auch in einem anderen Nachbardorfe wurde eine Magd vom Blitz getödtet. In Würzburg selbst schlug der Blitz 3 Mal ein, ohne indessen Schaden anzurichten. Dagegen ist auf dem Lande mehrfach Feuer in Folge Blitzschlages ausgebrochen. — Aus mehreren Orten Ungarns wird gemeldet, daß Sonntag und Montag starke Regengüsse stellenweise mit Wolkenbrüchen und Hagelschlägen niedergegangen sind.

Ueber die Blutthat eines Italieners wird dem „Fränk. Kur.“ aus Hückeswagen in der Rheinprovinz geschrieben: Der Arbeiter Disso, ein Oesterreicher, der vor einigen Jahren hier eingewandert war, ist hinterrücks ermordet worden. Bei ihm verkehrte hin und wieder der Erdarbeiter Cortini, ein Italiener, ein wüster, roher Mensch, der sich später auch als Anarchist entpuppte. Als die Kaiserin von Oesterreich ermordet wurde, vertheidigte Cortini die That des Attentäters Luccheni und wurde in Folge dessen von Disso aus dem Hause gewiesen. Seit dieser Zeit bestand zwischen den Beiden bittere Feindschaft, und wiederholt hatte Cortini so wüste Drohungen gegen Disso ausgestoßen, daß deshalb von der Staatsanwaltschaft gegen ihn vorgegangen wurde. Wahrscheinlich um sich dafür zu rächen, hatte er sich dieser Tage an Disso herangeschlichen und ihn meuchlings erschlagen. Bei der Obduktion der Leiche seines Opfers trug er völlige Gleichgiltigkeit zur Schau.

Religiöser Wahnsinn. In das Hospital von Burlington in Vermont brachte man jüngst die 42jährige Dienerin Della Dutully, die den Versuch gemacht hat, sich zu kreuzigen. Von der Idee besessen, daß sie, um ihre Sünden zu büßen, sterben müsse, wie Christus, legte sie sich auf ein roh zusammengezimmertes Holzkreuz und schlug sich mit einem Hammer große Nägel in beide Füße und in eine Hand hinein. Als man die Gekreuzigte fand, war sie bei voller Besinnung und schien nicht sehr zu leiden. Man glaubt, sie retten zu können, wenn nicht eine Blutvergiftung hinzutritt.

Die Gesammtzahl der Pestfälle in Alexandria beträgt 34, von welchen 13 tödtlich verliefen. Elf Erkrankte sind als geheilt entlassen, neue Fälle sind seit Donnerstag in den Krankenhäusern nicht zur Anmeldung gelangt. — Einer Verfügung des Sanitätsraths in Konstantinopel zufolge werden aus Egypten kommende Postpackete von den türkischen Postämtern zurückgewiesen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 22. Juni 1899.

* **Zwei Protestversammlungen** finden am Freitag und Sonnabend im „Volksgarten“ statt. Referent ist der

Reichstagsabgeordnete Bueb-Mülhausen,

welcher den gegenwärtigen Verhandlungen des Reichstages über die Zuchthausvorlage beiwohnt. Es stehen also äußerst interessante Vorträge in Aussicht. Die Freitag-Versammlung ist besondere bestimmt für die Buchbinder, Buchdrucker, Buchdruckereihilfsarbeiter, Lithographen, Bildhauer, Handschuhmacher und Hutarbeiter. Sonnabend folgen dann die Böttcher, Zigarrensortirer, Tabakarbeiter, Former, Gold- und Silberarbeiter, Kupferschmiede, Sattler, Lederarbeiter, Schuhmacher, Schneider, Seiler, Porzellanarbeiter, Müller, Korkschneider, Maschinisten, Schiffbauer und Schiffer.

Am kommenden Sonntag finden noch weitere Protest-Versammlungen statt in Tiefenfurt, Referent Genosse Schütz und in Ober-Hermsdorf, Referent Genosse Bruhns.

* **Oberschlesiens Metall- und Kohlenindustrie** erfreut sich einer allgemein steigenden Entwickelung und fast sämmtliche Zweige der Eisen- und Stahlindustrie können auf einen fast überreichen Eingang an Aufträgen blicken, welch' außerordentlich günstiger Zustand nicht allein in dem bedeutenden Inlandsbedarf, sondern auch in der reichlichen Menge der Auslandsbestellungen zu suchen ist. Die steigenden Preise für englische Kohlen veranlaßten nach einer zugegangenen diesbezüglichen Mittheilung des Patent- und technischen Bureaus von Richard Lüders in Görlitz viele Konsumenten, ihren Bedarf in Oberschlesien zu decken, so daß namentlich ein äußerst lebhafter Absatz an Industrie-, Gas- und Fettkohlen sich entwickelte. Fast sämmtliche Preise der verschiedenen Industriezweige haben eine Erhöhung erfahren und die Eisengießereien und Maschinenfabriken sind stellenweise sogar mit Arbeit überhäuft, so daß neue Aufträge nur mit langen Lieferterminen angenommen werden können.

Zum Breslauer Arbeitersekretariat. Allen Gewerkschaften, welche noch nicht im Besitze von Quittungskarten und -Marken sind, sei hierdurch mitgetheilt, daß dieselben von heute an wieder beim Kassirer des Gewerkschaftskartells zu haben sind. Da die Beitragszahlung bei allen Gewerkschaften am 1. Juli beginnt, haben die Vorstände zur Organisation der Beitragserhebung nur noch eine Woche Zeit und ist darum die Beschleunigung der Angelegenheit zu empfehlen. Auch ist noch eine Anzahl Jahresberichte des Gewerkschaftskartells zur Vertheilung an die organisirten Arbeiter vorhanden.

* **Ein neuer Verband** ist in Breslau in Bildung begriffen. Die Schiffer und Hafenarbeiter haben einen aussichtsvollen Anfang einer Organisation gemacht und in kurzer Zeit schon über 200 Mitglieder in derselben vereinigt, wie aus dem heutigen Versammlungsbericht hervorgeht.

* **Verlängerung der Hundesperre.** Der Polizeipräsident Dr. Bienko macht bekannt: Am 25. v. Mts. ist ein tollwuthkrankverdächtiger Hund aus dem Hause Taschenstraße Nr. 5 hierselbst nach dem hiesigen Polizei-Schlachthofe gebracht worden, dessen Obduktion Tollwuth ergeben hat. Auf Grund des § 38 des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen und des § 20 der Bundesraths-Instruktion vom 27. Juni 1895 wird daher die durch Bekanntmachung vom 13. April d. J. über den Stadtkreis Breslau bereits verhängte Hundesperre bis zum 25. August einschließlich, hierdurch verlängert. Es sind demnach bis zu diesem Zeitpunkte alle im Stadtkreise Breslau vorhandenen Hunde, abgesehen von dem bereits durch die §§ 65 und 67 der Polizeiverordnung vom 23. März 1891, betreffend den Straßenverkehr in der Stadt Breslau, vorgeschriebenen Maulkorbzwange, festzulegen. Der Festlegung (Ankettung oder Einsperrung) wird das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine gleich erachtet, es dürfen jedoch Hunde ohne polizeiliche Erlaubniß aus dem Sperrgebiete nicht ausgeführt werden. Die Benutzung der Hunde zum Ziehen ist unter der Bedingung gestattet, daß dieselben fest angeschirrt, mit einem sicheren Maulkorbe versehen und außer der Zeit des Gebrauchs festgelegt werden. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der §§ 38, 66 und 67 des Reichsgesetzes betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen mit Geldstrafe bis zu 150 Mark, event. mit entsprechender Haft bestraft, auch wird die sofortige Tödtung derjenigen Hunde, welche dieser Vorschrift zuwider frei umherlaufend angetroffen werden, event. angeordnet werden.

* **Unter den russisch-polnischen und galizischen Arbeitern,** welche in landwirtschaftlichen Betrieben, auf Ziegeleien und bei Bahnbauten der Provinz Brandenburg zugelassen worden sind, haben sich in diesem Jahre mehrfach Fälle ägyptischer Augenkrankheit (Granulose) gezeigt. In Folge dessen hat jetzt der Regierungspräsident zu Potsdam alle nachgeordneten Aufsichtsbehörden seines Bezirks zu umfassenden Abwehrmaßregeln aufgefordert, um den aus dem Auftreten der Granulose der übrigen Bevölkerung drohenden Gefahren bei Zeiten zu begegnen. In der Regierungsverfügung wird es vor allem für geboten erklärt, die Arbeitgeber anzuweisen, alsbald eine ärztliche Untersuchung der Wanderarbeiter herbeizuführen und in allen Fällen, in denen Granulose festgestellt ist, für ärztliche Behandlung und Absonderung der betreffenden Arbeiter oder ihre Ueberweisung in ein Krankenhaus Sorge zu tragen. In denjenigen Ortschaften, in welchen Granulose bei den Wanderarbeitern ärztlich festgestellt ist, sind die Kinder der öffentlichen Schulen hinsichtlich des Zustandes ihrer Augen durch den Kreisphysikus zu untersuchen. Hiermit ist, soweit irgend durchführbar, eine Untersuchung der Augen der Wanderarbeiter, wie der Angehörigen augenkranker Schulkinder zu verbinden.

* **Von der Kleinbahn.** Die Unfälle durch Entgleisen von Wagen veranlaßten die Direktion, durch Pflasterung zwischen den Schienen an der Roßgasse, sowie durch Besserlegung der Gleise an der Einfahrtskurve und auf dem Bahnhofe dem Uebelstande abzuhelfen und die Fahrsicherheit zu erhöhen.

* **Unfälle.** Am 20. d. Mts., Nachmittags lief auf der Gartenstraße der 3½ Jahre alte Knabe Rudolf Knitschinsky mit am Rücken brennenden Kleidern umher. Anscheinend hat ein roher Bursche dem Kinde einen brennenden Zigarrenrest am Nacken unter die Kleider geschoben wodurch diese in Brand geriethen. Dem Knaben, der eine große Brandwunde am Rücken erlitten hatte, wurde in einer Polizeiwache die erste Hilfe geleistet, worauf er seiner auf der Bahnhofstraße wohnenden Mutter zugeführt wurde. — An demselben Tage wollte ein Trebnitzer Chaussee 8 wohnender Schuhmacher mit Hilfe einer Leiter vom Hofe aus durch ein Fenster in seine im 1. Stock gelegene Wohnung gelangen. Er war fast oben, als er von der Leiter stürzte und so heftig mit dem Kopf aufschlug, daß er besinnungslos liegen blieb. Bei dem Sturz hat er das linke Bein gebrochen. Feuerwehrmannschaften leisteten ihm die erste Hilfe, worauf er in das St. Josefs-Krankenhaus geschafft wurde.

Zu dem Fabrikbrand in Mochbern. Die Abräumarbeiten auf der Brandstelle in der Chemischen Fabrik für Theerprodukte von Schmook in Mochbern sind ohne Unfall von Statten gegangen. Der durch den Brand angerichtete Schaden ist geringer, als man befürchtet hatte, dank der Anstrengungen der Löschmannschaften, die ein Uebergreifen des Feuers auf andere Räume und Gebäude verhüteten. Aus dem gegenüber dem Fabrikgrundstück gelegenen Arbeiterfamilienhause hatten die Bewohner bereits ihre Habseligkeiten geräumt, doch erwies sich die Befürchtung, daß das Feuer auch dieses Haus ergreifen könnte, als grundlos. Ebenso hatte aus dem stark gefährdeten Komptoirgebäude der Buchhalter vorsorglich die Geschäftsbücher in Sicherheit bringen lassen. Dem Brande sind große Mengen leicht brennbarer Oele zum Opfer gefallen, die anderen Fabrikate sind verschont geblieben, da, wie bereits erwähnt, das Feuer auf das obere Stockwerk hatte beschränkt werden können. Das kleine Gebäude ist bis auf das massive Parterregewölbe mit seinem gefährlichen Inhalt ausgebrannt. An dem höheren Gebäude hat das oberste Stockwerk sehr gelitten, insbesondere ist das Wellblechdach unter der Einwirkung der Gluth total verbogen worden. Der an den Maschinen angerichtete Schaden ist kein besonders erheblicher, im Destillirraum haben sich nur einige Rohre gebogen.

* **Diebstähle.** Am 18. d. Mts. wurde auf dem Ringe einem Dienstmädchen, als es vor einem Schaufenster stand und einen mit einem Deckel versehenen Korb am Arm hielt, aus dem Korb ein rothes Portemonnaie mit 4 Mk., 3 Meter Leinewand und ein Dienstbuch auf den Namen Hannig gestohlen. — Einem Arbeiter von der Neuen Tauentzienstraße wurde in einer Restauration auf der Ohlauerstraße ein Packet, welches er neben sich auf einen Stuhl gelegt hatte, und welches eine schwarzweiße Hose enthielt, entwendet. — Einem Arbeiter von der Klosterstraße wurden ein Paar Gamaschen gestohlen. — Aus einer Wohnung auf der Brüderstraße wurde eine werthvolle goldene Uhr nebst Kette entwendet. — Am 20. d. Mts. wurde auf der Schweidnitzerstraße einer Dame vom Berlinerplatz ein Portemonnaie entwendet, welches etwas über 80 Mark und ein Loos der Gastwirthsausstellung enthielt. — Einer Restaurateurfrau aus Oberschlesien wurde auf dem Friedeberge eine Handtasche mit verschiedenem Inhalt entwendet. — Am 19. d. Mts., Abends, trugen zwei junge Männer einen altmodischen Schreibtisch von der Hubenstraße nach der Sadowastraße. Auf den Teichäckern machten sie Rast und entfernten sich auch ein Stück von dem Schreibtisch. Als sie zurückkehrten hatten sich bereits Liebhaber für den Schreibtisch gefunden, denn dieser war spurlos verschwunden. — Aus einem Comptoir auf der Kaiser-Wilhelmstraße wurde eine silberne Remontoiruhr und eine Meerschaumzigarrenspitze mit silbernem Beschlag gestohlen. — Einer Ingenieurfrau wurde am 18. d. Mts. im Zoologischen Garten ein Portemonnaie entwendet, welches 5 Mark und einen goldenen Ring enthielt. — An demselben Tage wurden im Zoologischen Garten entwendet: einer Confectionsschneiderin von der Vorwerkstraße ein Portemonnaie mit 2,50 Mark und einer Näherin von der Waterloostraße ein Portemonnaie mit 24—26 Mark.

* **Vermißt.** Der 12½ Jahre alte Knabe Richard Warode hat sich am 12. d. Mts. aus der elterlichen Wohnung Neue Weltgasse 26 entfernt und ist noch nicht zurückgekehrt. Er ist mit einem schwarzen Jacket, englisch-ledernen Hosen und einem weißen Strohhut bekleidet. — Seit demselben Tage wird der 13 Jahre alte Schüler Georg

Blankenburg (Gabitzstraße 33) vermißt. Der Knabe trägt einen grünlichen Anzug, einen grünen Hut und Schaftstiefeln. — Der 48 Jahre alte Hefenhändler Friedrich Rudnig, welcher Lohestraße 35 gewohnt hat, wird seit dem 15. d. Mts. vermißt. Er ist mit braunem Jackel, schwarzer gestreifter Hose und Gamaschen bekleidet. Es dürfte ihm ein Unglück zugestoßen sein. — Am 18. d. Mts. entfernte sich das 20 Jahre alte Dienstmädchen Louise Neumann aus der Wohnung seiner Dienstherrschaft Gneisenaustraße 8 und ist nicht mehr zurückgekehrt. Das Mädchen trug bei seinem Weggang Trauerkleider.

* **Polizeiliches.** In das Polizeigefängniß wurden am 20. d. Mts. 27 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine Korallen-Brosche, eine silberne Brosche, eine Korallenhalskette, eine goldene Damenuhr, ein Reißzeug, eine Kiste Zigarren, eine Brille, ein Damenjacket, ein grüner Filzhut und eine Pferdedecke. — Abhanden kamen: ein goldener Ring mit einem weißen Stein und Perlen, eine grüne Tasche, ein Pincenez enthaltend, eine Amethystbrosche, eine zweireihige Korallenkette, eine silberne Damenuhr und vier Portemonnaies mit 2,60 Mk., 5—6 Mk., 33 Mk. und 40 Mk.

Schifferversammlung. Es tagt an allen Orten. Selbst das bewegliche Element der Oderschiffer und Hafenarbeiter, die heute hier und morgen dort mit ihrem Schiff verweilen, tritt in Breslau dem Gedanken der Organisation näher. Am 2. Osterfeiertag hatten die Schiffer ihre erste Besprechung im Lokale des früheren Maschinisten Herrn Schulz, Friedrich Karlstraße 55, und in der gestrigen Versammlung im „goldenen Lachs“ konnte festgestellt werden, daß schon 220 Mitglieder dem Verbande angehören. Kollege Schulz eröffnet die sehr gut besuchte Versammlung. Schiffseigner Grunert, welcher in beredten Worten die schwere Arbeit und schlechte Lebenslage der Schiffer und Hafenarbeiter schilderte, forderte die Kollegen auf, fleißig für den Verband zu wirken, damit es in kurzer Zeit möglich ist, den geringen Lohn der Oderschiffer zu verbessern. Hierauf nimmt das Wort Schiffseigner Grätz und geht noch genauer auf die Lohnverhältnisse ein. Mit 66 Mk. monatlich soll ein Schiffer, der in der Welt herumreist, und seine Familie zu Hause hat, auskommen? Das ist unmöglich, wenn nicht die Frau zu Hause schwer mitarbeitet oder der Mann auf ungesetzliche Wege gedrängt werden soll. Die Fabrikarbeiter haben um 7 Uhr Feierabend und bekommen Ueberstundenbezahlung, wenn sie länger arbeiten müssen. Wir Schiffer müssen aber für die 66 Mark oft bis 8, 9, ja manchmal bis 12 Uhr arbeiten. Kollegen, schließt Euch zusammen, damit ihr dasselbe erreicht, wie andere Berufe. (Bravo!) Nach einer längeren Debatte übertrug man die Leitung der Vereinsangelegenheiten dem Kollegen Schulz und wählte ihm zur Unterstützung noch ein zweites Mitglied bis zur nächsten Mitgliederversammlung. Eine ganze Anzahl Schiffer ließ sich wieder einschreiben. Die Versammlungen sollen jeden Mittwoch nach dem 15. im Monat stattfinden. Ein erfreuliches Zeichen der neuen Verbands-Filiale ist nicht allein das schnelle Wachsthum, sondern auch die Thatsache, daß eine ganze Anzahl Privatschiffer — selbst Schiffseigner, die Bootsleute beschäftigen — ihre gemeinsamen Interessen mit den Angestellten verstanden haben und mit ihnen gemeinschaftlich kämpfen.

Leubus, 19. Juni. Merkwürdiger Unfall. Das werthvolle Gespann des Forstassessors Herrn Lange ist, nach der „Schlesischen Dorfzeitung“ vorigen Freitag Abend in die Oder gestürzt, wobei die beiden Pferde, welche 4000 Mark gekostet hatten, ertranken. Das Gefährt hatte am Bahnhof Maltsch gehalten, um Lange abzuholen; die Pferde aber, von Mückenstichen gepeinigt benutzten die Abwesenheit des Kutschers, um allein den Heimweg anzutreten. Hierbei geriethen sie auf die Fährfähne am Oderufer und stürzten, da sie in scharfem Zuge waren, sammt dem Wagen in den Strom. Am Sonnabend wurden die Leichen der Thiere in der Nähe des Kaiserlagers aufgefunden und ans Ufer gezogen.

Neumarkt, 21. Juni. Ertrunken. Der Siebmacher Hermann Klepatsch von hier welcher gestern Nachmittag mit mehreren Bekannten einen Ausflug nach Seedorf unternommen halte, badete dort in der Oder. Trotzdem derselbe geübter Schwimmer ist, ging er plötzlich unter und konnte, nach einem Bericht der „Schles. Ztg.“ erst nach längerem Suchen als Leiche aufgefunden werden.

Groß-Rädlitz, 19. Juni. Unglücksfall. Am vergangenen Montag fand der Dominialarbeiter Troche von hier auf ganz eigenartige Weise seinen Tod. Troche war den Tag über mit dem Hauen der Wiese beschäftigt. Nach der Arbeit ging Troche in das Gasthaus, woselbst er dem Branntwein zusprach. In ziemlich angetrunkenem Zustande ging er nun gegen Abend nach Hause und trug die Sense, die ohne Schutzmittel war, auf der Schulter. Hierbei stürzte Troche so unglücklich, daß ihm die Sense in die Wade des linken Beines drang und die Ader durchschnitt. Nach einer Viertelstunde fand ihn, wie die „Schles. Volksztg.“ berichtet, Lehrer Winkler, der gerade dieses Weges kam, im Getreide liegen. Troche war aber bereits an Verblutung gestorben.

Groß-Strehlitz, 20. Juni. Feuersbrunst. Heute Vormittag in der 12. Stunde ist in Sandowitz bei Zawadzki eine große Feuersbrunst ausgebrochen. Bis gegen 3 Uhr Nachmittags sind 4 Häuser und 7 Scheunen niedergebrannt. Der Brand wüthet noch fort. Der größte Theil der Dorfbewohner hat sich auf das Feld geflüchtet. Der Schaden ist, nach der „Kattow. Zeitung“ ein immenser.

Kattowitz, 20. Juni. Ueber eine Mordthat wird der „Kattowitzer Ztg.“ aus Brzezinka hiesigen Kreises Folgendes berichtet: In einer großen Blutlache liegend, wurde gestern Abend im Garten des Brauer'schen Gasthauses die Leiche der dem Trunke sehr stark ergebenen Wittwe Borkert von hier aufgefunden. Dem Vernehmen nach war die B. mit einem Arbeiter in Streit gerathen, in dessen Verlauf sie von demselben mit einem Messer erstochen wurde. Der Thäter ist noch nicht ermittelt. Der Ehemann der Verstorbenen ist vor einiger Zeit ebenfalls ermordet worden.

Ruda, 20. Juni. Badehäuser. Die Gräflich Ballestrem'sche Verwaltung baut im Dorftheile „Glückauf“-Kolonie für ihre dort ansässigen Arbeiterfamilien ein Wasch- und Badehaus nach dem Muster der im Dorfzentrum bereits in Benutzung befindlichen gleichen Einrichtungen.

Beuthen, 21. Juni. Letzte Schicht. Der 52jährige Bergmann Minich von hier war in der Nachtschicht von Montag auf Dienstag auf Redensblickgrube mit dem Anbringen der Holzzimmerung in einem der Schächte beschäftigt. Er stürzte hierbei aus einer Höhe von 17 Metern in die Grube und war auf der Stelle todt. Der Verunglückte hinterläßt eine seit mehreren Jahren gelähmte Wittwe und drei unerzogene Kinder.

Zabrze, 21. Juni. Zum Raubmord bei Neu-Ruda. Zu dem am Montag bei Neu-Ruda an dem 16jährigen Handlanger Blasius Piecha verübten Raubmorde, über den wir bereits berichteten, theilt der „Oberschles. Wanderer“ noch Folgendes mit: Die Hände des Ermordeten weisen mehrere Kratzwunden auf, welche darauf schließen lassen, daß ein Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer stattgefunden haben muß. Außerdem war der Ermordete an Brust und Kopf arg zerstochen, sowie sein Hals tief aufgeschnitten. Die Leiche wurde in die Cholerabaracke in Ruda geschafft. Nachmittags trafen zur Obduktion der Kreisphysikus Dr. Tracinski aus Zabrze und zur Besichtigung des Thatortes und Feststellung des Thatbestandes eine gerichtliche Kommission aus Gleiwitz ein. Nach amtlichen Mittheilungen sind bereits am Montage drei Individuen als des Mordes verdächtig verhaftet worden. Die Kleider des Einen weisen Blutflecke auf, doch behauptet der Verhaftete, daß dieselben von Nasenbluten herrühren. Die Aufregung unter der Bevölkerung ist sehr groß. Allgemeines Mitleid erregt der Schmerz der Angehörigen des Piecha, dessen Ernährer der Ermordete war.

Neueste Nachrichten.

Die Berliner Arbeitgeber und die ausständischen Bauarbeiter haben sich gestern Nachmittag dahin geeinigt, die Vermittelung des Einigungsamtes des Gewerbegerichts anzurufen, welches am Sonnabend zusammentritt.

Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, der die Darstellung des Löbtauer Prozesses in dem amtlichen Organ der sächsischen Regierung sehr scharf kritisirt hatte, ist nun wegen Beleidigung der für den Inhalt des amtlichen Blattes verantwortlichen Beamten angeklagt und vor das Schöffengericht in Dresden zitirt worden, wo in den nächsten Tagen der Termin stattfindet.

Das anerkannte Defizit für das mit Ende Juni ablaufende Finanzjahr wird auf nahezu 100 Millionen Dollars veranschlagt.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 21. Juni.

Heiraths-Ankündigungen. I. Grubensteiger Josef Preuß, Lithandragrube, und Josepha Preiß, Große Groschengasse 3.

Eheschließungen. I. Schmied Josef Galke, Anderssenstraße 35, mit Anna Schwertner, daselbst. — Tapezierermeister Paul Heinrich, Oderstr. 29, mit Ida Stiller, Sandstr. 15. — Arbeiter August Jüttner, Friedrich-Wilhelmstr. 33, mit Agnes Grützner, daselbst. — Dachdeckermeister August Fuhrmann, Weißgerbergasse 41, mit Ida Stammwitz, daselbst.

Geburten. I. Hafenarbeiter Karl Deutschmann, T. — Arbeiter Paul Hollmann, S. — Schneidermeister Raphael Sabas, T. — Kaufmann Oskar Barnert, T. — Schutzmann Richard Hoffmann, T. — Barbier Bruno Wartholb, T. — Schuhmacher Heinrich Kikowitz, T. — Schlosser Konrad Reichelt, T. — III. Kutscher Bernhard Hoffmann, S. — Zigarrenmacher Paul Janikula, T. — Kutscher Hugo Gruttke, S. — Brauer Josef Brix, S. — Möbeltransporteur Ernst Fischer, T. — Arb. Paul Schneider, S. — Zimmermann Max Hönsch, S. — Kaufmann Alfred Wagner, S. — Schneidermeister Otto Wolf, S. — Buchhalter Alois Joachim, T. — Schneidermeister Josef Franke, T. — Lackirer Friedrich Wüste, T.

Todesfälle. I. Tischlermeister Karl Feschonek, 31 J. — Maurers-Wittwe Johanne Doneck, geb. Biewald 63 J. — Arbeiters-Wittwe Emilie Bialucha, geb. Großmann, 35 J. — Plättmeistersfrau Elisabeth Scholz, geb. Köbe, 45 J. — Restaurateur Paul Punde, 67 J. — Margarethe, T. des Arbeiters August Pohler, 5 J. — II. Frieda, T. des Dachdeckers Max Westerkowski, 2 M. — Paul, S. des Schlossers Adolf Gerke, 2 J. — Wittfrau Henriette Arndt, geb. Schwarz, 69 J. — Elisabeth, T. des Gelbgießers Robert Frömel, 7 M. — Maurersfrau Anna Neumann, geb. Augner, 59 J. — Schlossersfrau Anna Woitasky, geb. Buchmann, 57 J. — III. Elfriede, T. des Schmieds Eduard Hillmann, 4 M. — Erich, S. des Schuhmachers Karl Schifter, 1 J. — Haushältersfrau Karoline Melzig, geb. Kunze, 34 J. — Zimmermanns-Wittwe Rosina Bauch, geb. Kielmann, 78 J. — Arbeiter Adolf Anker, 48 J. — Frieda, T. des Schmieds Paul Süßmann, 6 J. — Erich, S. des Kesselschmieds Friedrich Keniche, 1 J. — Frieda, T. des Arbeiters Johann Torcka, 2 J. — Arbeitersfrau Anna Zeidler, geb. Waschnauer, 36 J. — Schneidermeister Ernst Büsch, 55 J. — Sandschiffer Reinhold Scholz, 28 J. — Walter, S. des Arbeiters Heinrich Niemand, 1 J. — Anna, T. des Posthilfsboten Arthur Borrmann, 3 M. — Frieda, T. des Tischlers Julius Neumann, 11 M. — Helene, T. des Arbeiters Josef Gottwald, 6 M.

Massen-Protest-Versammlungen gegen die Zuchthaus-Vorlage

Freitag und Sonnabend im Volksgarten.

Referent: Reichstagsabg. Fernand Bueb-Mülhausen (Elsass).

Zeltgarten Zeltgarten
Täglich
[illegible]
der [illegible]
Beindel und Horschler.
Entree nur 10 Pfg.
[illegible]

Bild-hauer, Holz-, Stein-, Zink-, Drechsler, Maler, Maurer, Tapez., Tischler, Schlosser, Stellmach. Zimmerer
[illegible] sämmtliche Gewerbe
[illegible] Lehrbücher
[illegible]
Schröder [illegible]
[illegible]

Meine bekannt feinste, täglich frische
5110
Molkerei-Tafel-Butter,
jetzt das Pfd. nur 1 Mk.
Molkerei-Niederl., Ring 3.
C. Mischke.
(Ich unterhalte keine Filialen.)

40 Bettstellen und Matratzen
werden einzeln auf Abzahlung mit einer Anzahlung von 5 Mk. und wöchentlicher Abzahlung von 1 Mk.
5088 2 abgegeben.
S. Osswald,
Schuhbrücke 74, I.

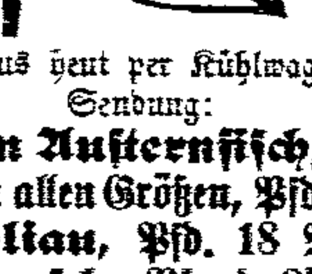
H. Gerstel,
gerichtl. vereid. Curator für Nachlässe und Erbschaftsregulirungen, wohnt
Malergasse 27.

Volksgarten, Michaelisstraße 15.
Sonntag, den 25. Juni 1899:
Sommer-Fest
veranstaltet vom Central-Verband der deutschen Maurer (Zahlstelle Breslau)
bestehend aus 5137
CONCERT
ausgeführt von der **Breslauer Concert-Kapelle.**
[illegible] Max Werner.
Nach [illegible] der [illegible]
Grosses Brillant-Feuerwerk.
[illegible] Kinderbelustigungen, Kasperle-Theater etc.
Von 4 Uhr ab im Saale: **Grosser Tanz.** Tanzschleife 50 Pfg.
Anfang 4 Uhr.
Programme für Erwachsene 20 Pfg. Kinder frei.
[illegible]
[illegible] Der Vorstand.

CIRCUS RENZ.
Sonntag, den 25. Juni 1899, Vormittags 11 Uhr
Fahnenweihe des M.-G.-V. „Liederkranz“,
zur 25jährigen Jubelfeier.
Friebe-Berg
Nachmittags 4 Uhr. Nachmittags 4 Uhr.
Großes Sängerfest
arrangirt von 30 Breslauer M.-G.-Vereinen.
Instrumental-Concert und Brillant-Pracht-Feuerwerk.
Programme bei den Mitgliedern der mitwirkenden Vereine und den bekannten Commanditen. 5126

Ernst Zahn's Restaurant,
Kreuzburgerstr. 6, 3. Haus von der Matthiasstr.
Morgen Freitag:
Schweinschlachten.
Früh: Wellfleisch und Wellwurst,
Abends: Gebratene Wurst.
Es ladet ergebenst ein
E. Zahn.

Dachdecker! Achtung!
Oeffentliche Versammlung
Freitag, den 23. Juni, Abends 7½ Uhr
in den
„3 Tauben“, Neumarkt 8.
Tagesordnung:
I. Bericht der Lohnkommission über die letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Beschlußfassung hierzu.
II. Verschiedenes. 5144


5149
Wir empfehlen aus heut per Kühlwagen eingetroffener Sendung:
Prachtvollen Austernfisch, Pf. 30 Pfg.
Schellfisch in allen Größen, Pfd. 15—20 Pf
Cabliau, Pfd. 18 Pfg.
Goldbarsch, Pfund 25 Pfg.
Steinbutt, Pfund 90 Pfg.
Rothzungen, Pfund 30—35 Pfg.
Seezungen, Pfund 75 Pfg. bis 1 Mk.
Heilbutt, Pfund 60 Pfg.
Ferner machen wir bekannt, daß der beliebte Strandhecht heut in großen Mengen eingetroffen ist.
Freitag und Sonnabend von 4 Uhr ab, frisch gebr. Fische, sowie große Stücken geräucherten Seelachs à Stück 10 und 15 Pfg.
D. D.-F.-G. „Nordsee“
Schmiedebrücke 48.
Scheitnigerstr. 37. Friedr. Wilhelmstr. 66.
Niederl.: Fischer, Neue Taschenstr. 27a, Aust, Paint. 1.
Kress, Matthiasstraße 107.

Nachruf!

Am [illegible] Juni verschied nach langem Leiden unser Genosse, der Steinmetz

Wilhelm Scholz

im Alter von [illegible] Jahren an der Proletarierkrankheit.

Am [illegible] Juni verschied nach jahrelangem Leiden unser Genosse, der Steinarbeiter

Oswald Franke 5141

im Alter von [illegible] Jahren an der Proletarierkrankheit.

Die Verstorbenen Genossen haben stets an der Spitze der Bewegung in politischer wie gewerkschaftlicher Hinsicht gestanden. Sie sind ihrer Ueberzeugung bis zum letzten Athemzuge treu geblieben.

Ein ehrendes Andenken werden ihnen stets bewahren

Die Parteigenossen Warthau's und Umgegend.

Danksagung!

Für die äusserst zahlreichen Beweise der Liebe und Theilnahme, sowie für das ausserordentliche zahlreiche Grabgeleit bei der Beerdigung unseres verstorbenen Gatten, Bruders und Sohnes, des Steinarbeiters **Oswald Franke** sagen wir hiermit Allen unseren herzlichsten tiefgefühlten Dank. Insbesondere danken wir dem Sozialdemokratischen Wahl-Verein Bunzlau-Löwen, den organisirten Steinarbeitern Bunzlau's und seinen Arbeitskollegen bei der Firma **Zeidler & Wimmel** für die herrlichen Kranzspenden. Ferner dem Arbeiter-Gesang-Verein „Vorwärts“ für den erhebenden Gesang. 5140

Alt-Warthau, 21. Juni 1899. Die trauernd. Hinterbliebenen.

Verantwortlicher Redakteur: [illegible] — Redaktion und Expedition: [illegible] — Verlag von [illegible]